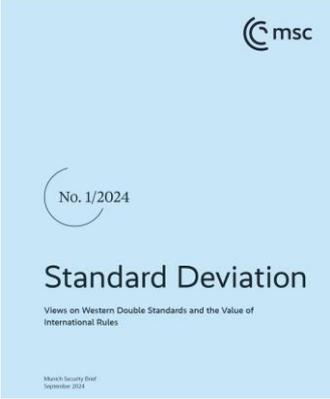




<p><i>MSC-Report 1/2024</i> Standardabweichung</p> <p>Ansichten zur westlichen Doppelmental und zum Wert internationaler Regeln</p> <p><i>Autorin: Sophie Eisentraut</i></p> <p>23.09.2024</p>	
---	--

Kommentar ausgewählter Textstellen

Deutsche, von der MSC nicht autorisierte Übersetzung ausgewählter Textstellen durch Ralf Becker/Word, 08.10.2024

Alle nicht originalen, d.h. Kommentar-Textstellen sind gelb hinterlegt:

Zunächst die drei Schlussfolgerungen vom Ende dieses im Original
englischsprachigen MSC-Berichts:

Erstens müssen die westlichen Staaten größere Anstrengungen unternehmen, um die Regeln und Prinzipien der internationalen Ordnung konsequenter anzuwenden. In diesem Zusammenhang sollten die Bemühungen um die Verringerung der Art von Widersprüchen, die die sensibelsten Bereiche des Völkerrechts berühren oder im Widerspruch zu langjährigen Forderungen nach mehr globaler Gerechtigkeit und Inklusion stehen, oberste Priorität haben.

RB: Diese Schlussfolgerung des vorher Gesagten ist eindeutig.



Initiative Sicherheit neu denken

Mittelstr. 9 34474 Diemelstadt T 0170-5226069 becker@sicherheitneudenken.de
www.sicherheitneudenken.de

Zweitens müssen die westlichen Länder ehrlicher sein, wenn ihre Fähigkeit, konsequent zu sein, an ihre Grenzen stößt. Dazu gehört auch, sich von der Schwarz-Weiß-Sprache zu verabschieden, die ihre Kommunikation über internationale Standards oft kennzeichnet.

RB: Eine solche Ehrlichkeit würde bereits eine Menge westlicher Überheblichkeit und Moralien aus dem internationalen Dialog nehmen.

Drittens müssen sich die USA und die europäischen Länder aber auch entschieden gegen das wehren, was in der Kritik anderer Staats- und Regierungschefs oft impliziert wird: dass eine Ordnung, die durch Doppelstandards gekennzeichnet ist, nicht mehr besser ist als eine Ordnung ohne Standards.

RB: Zustimmung.

Weitere Textstellen aus dem Bericht:

"Wo immer ich hinkomme, werde ich mit dem Vorwurf der Doppelmoral konfrontiert."

Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Universität Oxford, 3. Mai 2024

Für viele Regierungen hat die Gegenüberstellung der Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen die scheinbare Heuchelei des Westens auf eklatante Weise offenbart.

RB: Das wertende Adjektiv „scheinbare“ vermeidet eine klare Wertung und relativiert den Sachverhalt der tatsächlichen Heuchelei.

Für sie haben die Reaktionen der westlichen Staaten auf die groß angelegte Invasion Russlands in der Ukraine und auf die israelische Militärkampagne in Gaza nach dem brutalen Angriff der Hamas auf Israel den Eindruck unterstrichen, dass westliche Staaten einige Leben mehr schätzen als andere und dass sie vor allem Verstöße gegen internationale Regeln anprangern, die von geopolitischen Gegnern begangen werden. Sie hat auch die Wahrnehmung verstärkt, dass die Solidarität westlicher Staaten kaum universell ist und stattdessen auf geopolitischer Zweckmäßigkeit beruht oder sich auf Menschen konzentriert, mit denen sich die westlichen Gesellschaften identifizieren.^[16]

RB: Das Papier benennt diese verständliche Sichtweise globaler Südpartner klar.

Darüber hinaus haben die Reaktionen der westlichen Staaten auf die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), gleichzeitig Haftbefehle gegen israelische Beamte und Hamas-Führer zu beantragen, den Vorwurf der Heuchelei weiter verschärft. Dazu gehörten die Androhung von



Vergeltungsmaßnahmen gegen den IStGH sowie die Kritik, dass der Haftbefehl eine falsche moralische Gleichsetzung zwischen den Taten von Terroristen und denen eines demokratischen Staates schaffen würde.^[29] Dies hat die Wahrnehmung eines "Gefühls demokratischer moralischer Überlegenheit" im Westen verstärkt, was bedeutet, dass verschiedene Verbrechen nicht nach demselben rechtlichen Maßstab beurteilt werden, sondern danach beurteilt werden, ob der Täter ein demokratischer Verbündeter oder ein autokratischer Feind ist.^[30]

RB: Das Papier benennt diese verständliche Sichtweise globaler Südpartner klar.

Doch der Eindruck, dass westliche Staaten sowohl überproportional von der bestehenden internationalen Ordnung profitiert als auch sich oft als Verfechter ihrer Prinzipien und Regeln dargestellt haben, hat regelmäßig zu einer besonders genauen Überprüfung ihres Verhaltens geführt.

RB: Das Papier benennt, dass westliche Staaten bisher von der bestehenden internationalen Ordnung überproportional profitiert haben.

Für viele im globalen Süden sind es nicht nur die jüngsten Ereignisse, die seltsam zu der verschärften westlichen Rhetorik über das Eintreten für universelle Prinzipien und Regeln passen. Sie glauben auch, dass die Verpflichtung der westlichen Staaten zu Regeln und Prinzipien, die allen zugute kommen sollen, aufgrund des wachsenden geopolitischen Wettbewerbs abnehmen wird.^[34] Was immer eine Universalität voller Vorbehalte war, so befürchten sie, wird zwangsläufig noch weiter eingeschränkt werden.

Regierungen auf der ganzen Welt sind sich sehr wohl bewusst, dass die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Partner in ihren Bemühungen, den russischen und chinesischen Revisionismus einzudämmen, zunehmend das Bedürfnis verspüren, einige der Prinzipien der regelbasierten internationalen Ordnung aufzugeben und "außerhalb der Institutionen und Normen zu operieren, die sie mitgeschaffen haben".^[35] Für sie ist das beste Beispiel dafür die Rücknahme des regelbasierten Handelsauftrags.

Beobachter haben darauf hingewiesen, dass die von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof angestregte Völkermordklage gegen Israel in vielerlei Hinsicht politisch motiviert und widersprüchlich war.^[126] Doch mit ihren ablehnenden Reaktionen haben die westlichen Staaten eine Chance vertan, die vermeintlich universelle Gültigkeit internationaler Regeln, der Institutionen, die sie verteidigen sollen, und die nicht-westliche Eigenverantwortung an der regelbasierten Ordnung als solcher zu stärken.

RB: Eine klare und starke Aussage.

Den USA und den europäischen Ländern bleibt nichts anderes übrig, als den weit verbreiteten Vorwurf der Heuchelei ernster zu nehmen. Wenn sie ihr



Verhalten und ihren Diskurs nicht anpassen, wird der Zynismus gegenüber der regelbasierten Ordnung wachsen. Wenn sie dies jedoch gut machen, könnten sie die Debatte über Doppelstandards in eine viel konstruktivere Debatte verwandeln – eine Debatte, die dazu beitragen kann, den Glauben an den Wert universell gültiger Regeln zu stärken. Wie die Umfragedaten zeigen, ist dieser Kampf vor dem Gericht der öffentlichen Meinung noch nicht verloren.

RB: Zustimmung

Einigen Regierungen, die den transatlantischen Partnern Doppelstandards vorwerfen, geht es nicht in erster Linie um die Zukunft der regelbasierten internationalen Ordnung, sondern um die Beseitigung internationaler Regeln und Prinzipien, insbesondere derjenigen mit liberaler Ausrichtung. Zu dieser Gruppe gehören vor allem China, Russland und einige ihrer autokratischen Kollegen. Die Vorstellung von Regeln und Prinzipien, die das Verhalten mächtiger Akteure einschränken können, kollidiert mit ihrem Wunsch nach einer "uneingeschränkten Machtpolitik, die es großen Ländern ermöglicht, regionale Einflussphären zu schaffen".^[44] Besonders ablehnend sind sie jedoch gegenüber Standards, die vorschreiben, wie Regierungen ihre eigenen Bürger zu behandeln haben, insbesondere gegen die Prinzipien der liberalen Demokratie und die in den Menschenrechtsgesetzen verankerten Regeln. Diese stellen aus ihrer Sicht eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit ihrer illiberalen Regime dar.^[45] Für Peking und Moskau sind die Vorwürfe der westlichen Doppelmoral ein nützliches Instrument in der wachsenden systemischen Konkurrenz mit dem Westen und insbesondere mit den Vereinigten Staaten: Sie dienen dem doppelten Zweck, die normative Macht des Westens zu untergraben und gleichzeitig die Idee liberaler universeller Regeln und Prinzipien als solche zu untergraben, die beide Regime als Einbettung der US-Hegemonie und als Hindernis für eine "für Autokratie sichere Welt" ansehen.^[46]

RB: Dieser Hinweis ist legitim – und spricht um so mehr für die Bedeutsamkeit der Einhaltung internationaler Regeln durch westliche Staaten.

Der Vorwurf der Doppelmoral hat Peking und Moskau gleichzeitig geholfen, das Image des Westens in der Weltöffentlichkeit zu beschädigen und gleichzeitig Spaltungen in den westlichen Gesellschaften zu säen. **In diesem Sinne haben die von China kontrollierten Medien eifrig über die Verhaftungen von pro-palästinensischen Demonstranten auf dem Campus verschiedener amerikanischer Universitäten berichtet. Sie haben dies als Hinweis auf die Doppelmoral in Washingtons Herangehensweise an die Meinungsfreiheit zu Hause und in der Welt dargestellt.**^[51]

Sie haben damit ein Narrativ formuliert, das universelle Regeln als westliche Zumutung delegitimiert und die Vorstellung von universellen Prinzipien untrennbar mit westlicher Herrschaft und Exzeptionalismus verbindet.

RB: Diese Darstellung vermeidet eine klare Wertung und relativiert den Sachverhalt.



Diesem Narrativ zufolge sind die Regeln und Prinzipien, die in die internationale Ordnung eingebettet sind, nicht universell, sondern vom Westen gemacht und dem Rest der Welt aufgezwungen. Chinesische Beamte sprechen daher regelmäßig von der "sogenannten" regelbasierten Ordnung und von "sogenannten" universellen Werten.^[54] Darüber hinaus dienen diese Regeln als Werkzeuge der westlichen Herrschaft, weil sie nur dem Westen nützen und weil westliche Staaten sie selektiv anwenden, um engstirnige Ziele zu verfolgen.^[55]

"Eine wirklich multipolare Weltordnung entwickelt sich und die Ära der Vorherrschaft eines Landes oder einer Gruppe von Ländern geht zu Ende. Diejenigen, die an ihre Einzigartigkeit und ihr Monopol in globalen Angelegenheiten gewöhnt sind, wehren sich jedoch dagegen."^[64]

Wladimir Putin • Russischer Präsident, Russland-Afrika-Gipfel, 28. Juli 2023

RB: Die Sichtweise Präsident Putins wird wahrgenommen und dargestellt.

China und Russland stellen daher das, was sie westliche Regeln und westlichen Exzeptionalismus nennen, als Hindernisse für den Aufstieg "einer wahrhaft multipolaren und gerechteren Welt" dar.^[65] Sie argumentieren, dass der Westen und insbesondere die USA ihren Exzeptionalismus nutzen, um "den Aufstieg neuer Akteure auf der internationalen Bühne"^[66] zu verhindern und die Entstehung einer Ordnung zu verzögern, die integrativere globale Vorteile bietet.^[67] Sie behaupten, dass Washington stattdessen "ideologische Konfrontation im Namen der sogenannten regelbasierten Ordnung schürt" und die Dynamik des Kalten Krieges anheizt, die die bestehenden Ungleichheiten weiter verfestigt.^[68]

RB: Die Sichtweise Chinas und Russlands wird wahrgenommen und dargestellt. Die Darstellung vermeidet gleichzeitig eine klare Wertung und relativiert den Sachverhalt.

Dabei nutzen Russland und China die Bestrebungen der politischen Führer nach einer multipolaren Welt aus.^[69]

RB: Diese Beschreibung wertet das Streben nach einer multipolaren Welt ab. Wir sollten die Entwicklung zu einer multipolaren Welt akzeptieren gutheißen und aktiv mitgestalten, anstatt sie abzuwerten. Sie entspricht dem Geist der UN-Charta.

Wie die Umfragedaten zeigen, greifen sie auch die Hoffnungen vieler Gesellschaften auf der ganzen Welt auf (**Abbildung 3**). **In allen befragten Ländern verspüren mehr Befragte Hoffnung, wenn sie an eine multipolare Ordnung denken, als dass sie sich Sorgen machen.** Dies ist in Pakistan am stärksten und in der Türkei am wenigsten der Fall.

RB: Die Sichtweise von Menschen aus dem Globalen Süden wird wahrgenommen und dargestellt.



Darüber hinaus haben Russland und China die westliche Doppelmoral als neokolonial oder chauvinistisch motiviert dargestellt.^[70] So haben beispielsweise von China kontrollierte Medien Berichte über Schwarze Menschen, die daran gehindert werden, die Ukraine zu verlassen, ausgeschlachtet und die "fremdenfeindliche Behandlung von nicht-weißen Menschen", die vor dem Krieg fliehen, verurteilt.^[71] Auch hier bedient sich die Propaganda Chinas und Russlands der Misstände und Stimmungen, die nicht nur bei den politischen Eliten zu spüren sind.

RB: Die Verwendung der Worte „bedient sich die Propaganda“ hat eine wertende negative Anmutung. Es könnte auch neutral(er) formuliert werden, dass China und Russland zu Recht Misstände in westlichen Ländern benennen, genau so wie wir das andersherum auch zu Recht tun.

In der Tat können Moskau und Peking auch das gesellschaftliche Gefühl nutzen, mit vergleichsweise wenig Respekt behandelt zu werden, insbesondere von den USA (Abbildung 4). Bei der Frage nach Russland, China, den europäischen Ländern und den USA und der Frage, ob die Menschen der Meinung sind, dass diese Akteure Länder wie das ihre mit Respekt behandeln, schnitten die USA in fünf von neun untersuchten Ländern am schlechtesten ab.

Transaktionale Regierungen präsentieren implizit ihren eigenen interessenbasierten, "explizit amoralischen" Ansatz als die ehrlichere Alternative zur westlichen Heuchelei.^[77] Sie argumentieren, dass die Behauptung westlicher Staaten, sie würden sich von übergeordneten Prinzipien leiten lassen, nie stichhaltig war. Wenn es hart auf hart kam, hat der Westen oft in engem Eigeninteresse gehandelt und war nicht bereit, materielle Kerninteressen für die Verteidigung allgemeiner Regeln und Prinzipien wie Menschenrechte, Demokratie oder Freihandel zu opfern. Für diese Akteure verdeutlicht dies das Verhalten der USA während der Präsidentschaft von Donald Trump, der für seine "Deal-Making-Neigungen"^[78] bekannt war, besonders deutlich. Anders als der Westen, so suggerieren diese Regierungen, "geben sie nicht vor", etwas zu verfolgen, das über ihre eigenen engstirnigen Ziele hinausgeht.^[79] Darüber hinaus empfinden viele von ihnen die Kommunikation der westlichen Länder über internationale Regeln und Prinzipien als "predigend".^[80] Dies wiederum macht es ihnen leichter zu argumentieren, dass ihre pragmatische Verfolgung unilateraler Interessen nicht nur viel ehrlicher, sondern auch respektvoller gegenüber anderen Ländern der Welt ist.

RB: Die Sichtweise von Menschen aus dem Globalen Süden wird wahrgenommen und dargestellt.

Darüber hinaus beschreiben absolute Mehrheiten in allen befragten Ländern einen guten politischen Führer als jemanden, der Partner oder Verbündete kritisiert, wenn deren Außenpolitik von internationalen Prinzipien und Regeln abweicht (Abbildung 6).



RB: Ein starker Satz, der zur Selbstkritik anregt.

Zweifellos ist der Transaktionalismus eine wirksame Antwort auf die "systemischen Ungleichheiten, die in der Weltpolitik fortbestehen"^[87] und ein Heilmittel gegen institutionalisierte Doppelstandards. **Für Länder, die kaum eine Chance sehen, die Ungleichheiten zu überwinden, die sie systematisch entmachten – insbesondere den Mangel an Mitsprache und Vertretung in internationalen Organisationen –, ist ein opportunistischer Ansatz ein vielversprechender Weg, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.**^[88]

RB: Ein starker Satz, der zur Selbstkritik anregt.

Schließlich können die Staats- und Regierungschefs argumentieren, dass, wenn die Aussichten auf eine bessere Repräsentation in internationalen Institutionen gering sind, wie Länder sonst sicherstellen können, dass ihre Interessen berücksichtigt werden, als durch den Abschluss von Transaktionsgeschäften?

Daher geht die Kritik an der westlichen Doppelmoral nicht mit einer wertebasierten Alternative einher.

"Der globale Süden schaut sich das Fortschreiten dieses Konflikts [in Gaza] sehr genau an und zieht Vergleiche. Und ich glaube, dass er das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Werte verliert, die, wenn man so will, vom globalen Norden projiziert wurden."^[93]

Sameh Shoukry•damaliger Außenminister Ägyptens, Atlantic Council, 8. Dezember 2023

RB: Die Sichtweise von Menschen aus dem Globalen Süden wird wahrgenommen und dargestellt.

Da sich von allen Seiten der Vorwurf der Doppelmoral häuft, steht der Westen vor einem wachsenden Dilemma. Auf der einen Seite nehmen die Folgen des Ignorierens von Vorwürfen der Doppelmoral zweifellos zu. Eine solche Politik birgt die Gefahr, den Restglauben an die Gültigkeit universell gültiger Prinzipien zu untergraben und das zu schüren, was der französische Präsident Emmanuel Macron als "neuen Zynismus, der die globale Ordnung zerstört" bezeichnet hat.^[94] Sie gefährdet auch die Zusammenarbeit, die notwendig ist, um die Spielregeln zu verteidigen und zu stärken.

RB: Starke Sätze, der zur Selbstkritik anregen.

Auf der anderen Seite befürchten westliche Staaten, dass eine selbstkritischere Auseinandersetzung mit den eigenen Widersprüchen die Gegner internationaler Regeln stärken könnte.

RB: Eine wohl treffende Beschreibung.

Angesichts der Tatsache, wie gut die in der Ordnung verankerten Regeln und Prinzipien in der Vergangenheit den westlichen Interessen gedient haben, sind



weder die wachsende normative Desillusionierung noch der verschärfte Regelrevisionismus im Interesse der westlichen Länder.

RB: Eine Anerkennung, dass die internationale regelbasierte Ordnung in der Vergangenheit den westlichen Interessen gedient haben.

Westliche Widersprüche und eine Rhetorik, die sie leugnet oder beschönigt, nähren die Propaganda der revisionistischen Länder, dass universell geltende Regeln und Prinzipien eine westliche Chimäre seien. Sie spielen aber auch Regierungen in die Hände, die versuchen, die Relevanz von Prinzipien herunterzuspielen. Diese Führer müssen nur auf Fälle verweisen, in denen westliche Staaten sich nicht an frühere normative Verpflichtungen gehalten haben, um zu argumentieren, dass kurzfristiges Eigeninteresse die Regel und nicht die Ausnahme unter Staaten ist.^[95]

Wenn westliche Staaten es also versäumen, die Kernprinzipien der regelbasierten Ordnung "regelmäßig zu fördern und für sich zu beanspruchen", riskieren sie, die Wahrnehmung der Legitimität dieser Standards in anderen Teilen der Welt zu untergraben.^[96] Dies ist besonders besorgniserregend in einer Zeit, in der die relative Macht des Westens schwindet und sowohl die wahrgenommene Legitimität der fraglichen Standards als auch die Unterstützung anderer Akteure immer wichtiger wird, um eine breite Einhaltung der Regeln zu gewährleisten.

"Ich bin erschüttert, wie sehr wir das Vertrauen des globalen Südens verloren haben.^[97]

Emmanuel Macron•Französischer Präsident, Münchner Sicherheitskonferenz, 18. Februar 2023

Die Wahrnehmung von Doppelstandards schürt auch ein allgemeines Klima des Misstrauens, das die internationale Zusammenarbeit untergräbt.

Doppelstandards sind offensichtlich nicht der einzige Grund für die derzeitige Malaise in der multilateralen Zusammenarbeit, die für die globale Problemlösung und für die Entwicklung von "Standards, Regeln und Normen, die für alle von Nutzen sind" erforderlich ist.^[98]

Aber der Vertrauensverlust, der mit der Wahrnehmung von Heuchelei einhergeht, verstärkt deutlich die politischen Gräben, die laut UN-Generalsekretär António Guterres bereits "jeden Bereich der globalen Zusammenarbeit vergiften" und das multilaterale System in eine "kolossale globale Dysfunktion" stürzen.^[99] Wie die Umfragedaten zeigen, ist die Unterstützung für Investitionen in multilaterale Zusammenarbeit und internationale Institutionen in allen untersuchten Gesellschaften bereits bedrückend gering (Abbildung 7).

RB: Der Vertrauensverlust von Menschen aus dem Globalen Süden wird wahrgenommen und klar dargestellt.



Initiative Sicherheit neu denken

Mittelstr. 9 34474 Diemelstadt T 0170-5226069 becker@sicherheitneudenken.de
www.sicherheitneudenken.de

Viele westliche Länder fürchten, dass ein ehrlicheres Gespräch über ihre Widersprüche ihre Gegner nur stärken wird. Vor allem aber wird es den revisionistischen Staaten noch mehr Munition liefern, wenn sie versuchen, den Westen ins Visier zu nehmen. Darüber hinaus könnte es die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von der viel größeren Bedrohung universeller Regeln und Prinzipien ablenken, die von Moskau und Peking ausgeht.

RB: Die hier verwendete Sprache „den Westen ins Visier nehmen“ und „der viel größeren Bedrohung universeller Regeln und Prinzipien ... , die von Moskau und Peking ausgeht“ mag das Bedürfnis nach Vergewisserung eigener moralischer Integrität befriedigen, missachtet jedoch die enorme Bedrohung universeller Regeln und Prinzipien, die in den letzten Jahrzehnten und auch aktuell insb. von den USA ausging und ausgeht – deren völkerrechtswidriger Krieg gegen den Irak zwischen 200.000 und 1.000.000 Menschen das Leben gekostet hat, und deren regelmäßige völkerrechtswidrige Drohneneinsätze weltweit Leben bedrohen.

Der MSC-Vorsitzende Christoph Heusgen hat diese enorme Bedrohung des Westens für die universeller Regeln und Prinzipien 2022 in einem öffentlichen Foreign-Affairs-Artikel sehr anschaulich beschrieben.¹

Diese Bedenken haben leider zu einem Kommunikationsstil geführt, den internationale Beobachter als taub bezeichnen.^[101] Die Äußerungen von US-Vizepräsidentin Kamala Harris auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 sind ein typisches Beispiel. **Als Reaktion auf die russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine richtete sie einen eindringlichen Appell an die Konferenzteilnehmer, "unser Bekenntnis zur Rechenschaftspflicht zu erneuern".**^[102] Harris verwischte jedoch die Tatsache, dass dies viel einfacher wäre, wenn die USA die wichtigste internationale Institution, die geschaffen wurde, um Einzelpersonen wegen Kriegsverbrechen zu verfolgen, stärker unterstützen würden.^[103] Stattdessen weigert sich Washington jedoch, die Gerichtsbarkeit des IStGH anzuerkennen.

RB: Eine Anerkennung der enormen Bedrohung der USA für die universeller Regeln und Prinzipien durch die Nichtanerkennung des IGH und des IStGH.

Für viele westliche Staaten ist es schwierig, den Eindruck, "an einem Wendepunkt"^[105] zu stehen mit einem selbstkritischeren Diskurs und der Verpflichtung zur Verbesserung ihrer Praxis in Einklang zu bringen. **Es gibt viele Fälle, in denen die Befürchtungen westlicher Staaten, sie könnten die Regelrevisionisten stärken – oder die Koalition zur Verteidigung internationaler Regeln schwächen – der Korrektur von Doppelstandards oder der Beseitigung systemischer Ungleichheiten im Wege stehen.** Langwierige Bemühungen um eine

¹ siehe <https://www.foreignaffairs.com/articles/germany/2022-05-12/war-ukraine-will-be-historic-turning-point>, deutsche Übersetzung: <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/396296/der-krieg-in-der-ukraine-wird-ein-historischer-wendepunkt-sein-chistoph-heusgen-foreign-affairs-12.05.2022.pdf>



Reform internationaler Organisationen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sind ein typisches Beispiel.^[106] **Die weit verbreitete Wahrnehmung institutionalisierter Ungleichheit könnte durch eine Erhöhung des Stimmrechts der Schwellen- und Entwicklungsländer etwas verändert werden.** Da Peking dadurch aber auch mehr Einfluss gewinnen würde, haben die USA und die europäischen Länder gezögert.^[107] Darüber hinaus ist es für viele westliche Staaten, wie die gedämpfte Kritik an Israels anhaltender Militärkampagne nahelegt, schwierig, die Reihen unter den Regierungen zu schließen, die generell die Prinzipien der internationalen Ordnung unterstützen, mit ehrlicher Kritik an Verbündeten und Partnern in Einklang zu bringen, wenn diese von vereinbarten Regeln abweichen.^[108]

Kurz gesagt: Der Druck, der durch den wachsenden geopolitischen Wettbewerb auf die westlichen Demokratien ausgeübt wird, hat den Einsatz erhöht, wenn es um westliche Widersprüche geht.

RB: Dieser Satz zeigt, dass erst das Aufkommen alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle sowie Militärbündnisse überhaupt westliche Staaten ernsthaft dazu bringt, eine eigene Befolgung der universellen Regeln und Prinzipien ernsthaft und durchgängig in Erwägung zu ziehen – das ist beschämend.

Sie hat aber auch den westlichen Ländern, die einen Kurswechsel anstreben, einige Steine in den Weg gelegt.

Die Regierungen der USA und Europas können dieses Dilemma nicht ignorieren, das mit der Verschärfung des geopolitischen Wettbewerbs nur noch zunehmen wird. Ihre Antwort sollte drei Elemente umfassen (*RB: siehe ganz oben*).

Erstens müssen die westlichen Staaten größere Anstrengungen unternehmen, um die Regeln und Prinzipien der internationalen Ordnung konsequenter anzuwenden. In diesem Zusammenhang **sollten die Bemühungen um die Verringerung der Art von Widersprüchen, die die sensibelsten Bereiche des Völkerrechts berühren oder im Widerspruch zu langjährigen Forderungen nach mehr globaler Gerechtigkeit und Inklusion stehen, oberste Priorität haben.**

RB: Diese Schlussfolgerung des vorher Gesagten ist eindeutig.

Zweitens müssen die westlichen Länder ehrlicher sein, wenn ihre Fähigkeit, konsequent zu sein, an ihre Grenzen stößt. Dazu gehört auch, sich von der Schwarz-Weiß-Sprache zu verabschieden, die ihre Kommunikation über internationale Standards oft kennzeichnet.

RB: Eine solche Ehrlichkeit würde bereits eine Menge westlicher Überheblichkeit und Moralin aus dem internationalen Dialog nehmen.

Drittens müssen sich die USA und die europäischen Länder aber auch entschieden gegen das wehren, was in der Kritik anderer Staats- und Regierungschefs oft impliziert wird: dass eine Ordnung, die durch



Doppelstandards gekennzeichnet ist, nicht mehr besser ist als eine Ordnung ohne Standards.

RB: Zustimmung.

Wenn westliche Staaten die gesamte internationale Gemeinschaft davon überzeugen wollen, dass revisionistische Kräfte und transaktionale Ideen internationale Regeln und Prinzipien bedrohen, müssen sie größere Anstrengungen unternehmen, um die Defizite bei der Anwendung internationaler Regeln zu verringern.

Bei der Verbesserung ihrer Kohärenz müssen sie die Achtung dessen in den Vordergrund stellen, was einige als die »Grundlage der Grundrechte«^[109] betrachten, nämlich die Würde jedes menschlichen Lebens. Wie die Reaktionen auf Israels Krieg in Gaza zeigen,^[110] scheint der stärkste Katalysator für Zynismus gegenüber internationalen Prinzipien die Wahrnehmung zu sein, dass Länder "die grundlegendsten Standards"^[111] der internationalen Ordnung nicht beachten, einschließlich des Schutzes von Zivilisten in Konflikten und der grundlegenden Menschenrechte.

Darüber hinaus sollten westliche Staaten Widersprüche vermeiden, die als systematische Entmachtung anderer angesehen werden – Fälle, in denen das Versäumnis, den Worten Taten folgen zu lassen, sich für internationale Standards einzusetzen, die Chancen anderer Länder einschränkt. Beispiele hierfür sind Industriepolitiken, die Staaten benachteiligen, die nicht über die Ressourcen verfügen, um effektiv wettbewerbsfähig zu sein. Ein weiteres Beispiel wären Handelsregeln, die einige Länder dazu verdammen, "Rohstoffproduzenten zu sein und die Produktion mit höherer Wertschöpfung den wirtschaftlich fortschrittlicheren Ländern vorzubehalten".^[112] Diese Widersprüche verstärken den Eindruck, dass die westlichen Länder sich nicht für eine internationale Ordnung einsetzen, deren Prinzipien wirklich allen zugute kommen sollen.

Nichts würde Chinas und Russlands Narrativ besser widerlegen, dass internationale Regeln und Prinzipien Instrumente zur "Aufrechterhaltung der westlichen Dominanz sind"^[114], als der Nachweis, dass Länder im Rahmen der bestehenden Regeln politisch und wirtschaftlich gestärkt werden können.

RB: Die Benennung systematischer Entmachtung von Ländern des Globalen Südens durch die bisherige Weltwirtschaftsordnung zeigt wohlthuend, wie ungerecht und einseitig die Länder des Globalen Westens bevorzugend die bisherigen universellen Regeln und Prinzipien sind und wirken.

Im wirtschaftlichen Bereich könnte dies die Stärkung des diskriminierungsfreien Handels durch eine bessere Integration der Volkswirtschaften des globalen Südens in diversifizierte globale Lieferketten beinhalten. Darüber hinaus könnten sich westliche Staaten dafür einsetzen, dass mehr Entwicklungsländer "von besseren Handelsbedingungen im Rahmen des US-amerikanischen Inflation Reduction Act" und des europäischen Industriepplans Green Deal profitieren können.^[115]



Ein ehrlicheres Gespräch wird auch von den westlichen Staaten verlangen, dass sie stilisierte binäre Narrative verwerfen, die vor allem in Washington weit verbreitet sind und eine idealtypische Unterscheidung zwischen moralisch reinen Demokratien, die internationale Regeln schützen, und bösen Autokratien, die darauf abzielen, sie rückgängig zu machen, implizieren. ^[118]

RB: Eine wohltuende Feststellung, Aufforderung und Einladung.

Diesbezüglich weist auch dieser Bericht noch Verbesserungspotential auf.

Wie bereits hervorgehoben, sehen viele Länder des globalen Südens die Welt nicht als schwarz-weiß. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht offen dafür sind, es in Grautönen zu sehen. Tatsächlich zeigen die Umfragedaten, dass die Befragten in den befragten Gesellschaften Demokratien zwar nicht als moralisch rein ansehen, aber dennoch relevante Unterschiede im regeltreuen Verhalten demokratischer und autokratischer Staaten anerkennen (**Abbildung 8**).

Die Regierungen der USA und Europas sollten ihre Amtskollegen in anderen Teilen der Welt dazu verpflichten, die von ihnen gewünschten Veränderungen deutlicher zu formulieren. Ist ihre Kritik aus dem Wunsch heraus entstanden, die internationalen Regeln zu verbessern, oder spiegelt sie den Wunsch wider, den Universalismus rückgängig zu machen? Während viele Staats- und Regierungschefs in dieser Hinsicht vage sind, sind die Ansichten ihrer Bevölkerungen überraschend klar.

Wie die Umfragedaten zeigen, scheinen nur wenige Menschen von der Behauptung Chinas und Russlands überzeugt zu sein, dass universelle Regeln tatsächlich westlich sind. **In allen befragten Ländern ist die absolute Mehrheit der Meinung, dass internationale Regeln und Prinzipien die Werte und Bedürfnisse der meisten Länder der Welt und nicht nur die des Westens repräsentieren (Abbildung 10).**

Wenn sie jedoch wollen, dass die Länder des globalen Südens mehr Handlungsspielraum bei der Verteidigung und Verbesserung bestehender internationaler Standards übernehmen, **müssen die westlichen Staaten bereit sein, sich bei deren Verletzung an denselben Standards messen zu lassen. Sie müssen es sogar fördern.**

RB: Unbedingte Zustimmung.

Bewertung des Gesamt-Dokumentes:

1. **Es ist sehr zu begrüßen, dass die MSC die westliche Doppelmoral in Bezug auf die Achtung internationaler Regeln in diesem Bericht thematisiert – und insofern vielfältig formulierte Kritik von Vertreter*innen des Globalen Südens aufgreift.**
2. **Die Art und Weise, wie dies geschieht, dürfte dem Ziel geschuldet sein, Verantwortliche für die Außen- und Sicherheitspolitik westlicher Staaten nicht durch eine zu klare Sprache und zu harte Wertungen abzuschrecken, sondern**



Initiative Sicherheit neu denken

Mittelstr. 9 34474 Diemelstadt T 0170-5226069 becker@sicherheitneudenken.de
www.sicherheitneudenken.de

durch indirektes Bezugnehmen auf Wahrnehmungen aus dem Globalen Süden für eine selbstkritische Befassung mit dem Thema zu gewinnen.

3. Die regelmäßige Missachtung und damit Gefährdung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch die USA – und auch europäischer Staaten - wird dabei zwar benannt, jedoch nicht ihrem Ausmaß und ihrer Bedeutung entsprechend. Die USA sind allein im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak seit 2003 für über 500.000 Tote, meist Zivilist*innen, verantwortlich².

Olaf Weber schrieb dazu: *„Politik ist heuchlerisch, wenn sie öffentlich die Menschenrechte hochhält und zugleich völkerrechtswidrige Kriege im Rahmen einer ‚wertorientierten Außenpolitik‘ führt. Das oberste Menschenrecht ist das Recht auf Leben, also auf nicht Getötet-werden, denn ein Toter kann seine politischen Menschenrechte nicht mehr einfordern. China hat in den vergangenen 30 Jahren keine Kriege geführt. In den gleichen 30 Jahren hat aber der Westen unter Führung der USA zahlreiche völkerrechtswidrige Kriege mit Millionen Opfern geführt.“*³

4. Das Papier definiert nicht, was unter internationalen Regeln zu verstehen ist. Lt. Wikipedia weichen die entsprechenden Definitionen je nach Blickwinkel erheblich voneinander ab⁴. Das Auswärtige Amt systematisiert das Thema auf seiner Webseite unter „Regelbasierte internationale Ordnung: Überblick“.⁵
5. *„Menschenrechte werden wir nur dann schützen, wenn wir ihnen selbst voll und ganz entsprechen“*, wie es Richard David Precht in seinem Buch *„Jahrhundert der Toleranz – Plädoyer für eine wertegeleitete Außenpolitik“* treffend formuliert: *Das 21. Jahrhundert „muss zu jenem Jahrhundert werden, das die unseligen Geister der Vergangenheit loswird, ... die fanatisierten Religionen ebenso wie alle Weltanschauungen, einschließlich der westlichen, deren Selbstverständnis sich aus einem Überlegenheitsanspruch speist.“*⁶
6. Es ist zu wünschen, dass dieser MSC-Report seiner grundsätzlichen Bedeutung entsprechend auf der MSC 2025 und den folgenden Sicherheitskonferenzen als zentrales Thema in den transatlantischen und internationalen Dialog eingebracht wird.

² Siehe u.a. <https://www.sueddeutsche.de/politik/us-studie-500-000-iraker-starben-im-irak-krieg-1.1795930>, <https://www.dw.com/de/irak-krieg-nach-der-1%C3%BCge-folgte-der-v%C3%B6lkerrechtsbruch/a-64942299>, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/kriege.html>, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Milit%C3%A4roperationen_der_Vereinigten_Staaten

³ Prof. Dr. Olaf Weber: Die westliche Arroganz ist ein koloniales Erbe, 16.08.2021, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/336903/unsere-arroganz-ist-ein-koloniales-erbe-olaf-weber-2021.pdf>. Allein die meist unter Führung oder Beteiligung der USA geführten Post 9/11-Kriege haben einer Studie zufolge zu 4,5 bis 4,7 Millionen direkten und indirekten Toten geführt, siehe <https://watson.brown.edu/costsofwar/papers/2023/IndirectDeaths>

⁴ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Regelbasierte_Ordnung

⁵ siehe <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung>

⁶ <https://www.penguin.de/buecher/richard-david-precht-das-jahrhundert-der-toleranz/buch/9783442316076>, S. 255

